

Die Kommunistische Partei Deutschlands, entstanden als wütende Gegenpartei zur SPD, wollte die russische Revolution kopieren.

Trugbild vom Paradies

Von RAINER TRAUB

Der Showdown, der sich am 28. November 1923 im Preußischen Landtag in der Berliner Prinz-Albrecht-Straße abspielt, ist in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus einzigartig: Preußens sozialdemokratischer Innenminister Carl Severing enthüllt die Einzelheiten eines kommunistischen Umsturzscenarios für Deutschland. Unter wachsender Erregung der Abgeordneten verliert Severing abgefangene Verschwörerbriefe der Berliner KPD-Vorsitzenden Ruth Fischer an den Chef der Kommunistischen Internationale in Moskau, Grigorij Sinowjew. Die Republik, so die Botschaft, sei abrisssreif – von Hyperinflation, reaktionären Putschen und politischen Morden diskreditiert und von sozialen Gegensätzen zerrissen, nun sei der Moment da für jenen radikalen Neubau, den ein Teil der Arbeiterschaft schon im November 1918 vergebens erhofft hatte.

Während im Saal tumultartige Szenen ausbrechen, häufen Amtsdienerein fürchterregendes Arsenal auf den Tisch – laut Severing stammt es aus einem ausgehobenen Geheimplager der KPD: Maschinengewehre, panzerbrechende Waffen, Parabellumpistolen, Armeevölker, Sprengkapseln.

Empört protestiert der Chef der 31-köpfigen kommunistischen Fraktion, Ernst Meyer, gegen den vermeintlichen „Polizeitrick“ und spricht von „Denunziationen ohne Gehalt“. Tatsächlich aber sind die Briefe und Pläne echt, wie sich herausstellt – auch wenn das Revolutionsprojekt zwischenzeitlich schon am Desinteresse der demoralisierten Arbeitermehrheit gescheitert ist. Dessen klägliche Schwundform, der versuchte Sturm auf einige Polizeistationen, endete im Ok-

tober im Fiasko des „Hamburger Aufstands“.

Doch die Ahnungslosigkeit des Fraktionsführers ist nicht gespielt: Die KPD-Linke hat ihre Umsturzagenda sogar gegenüber dem Vormann im Landtag geheim gehalten, weil sie den Partei-Mitbegründer des Reformismus verdächtigt.

Der prominenteste Abgeordnete unter den jungen Radikalen der KPD ist der 27-jährige Abgeordnete Werner Scholem, dem Ralf Hoffrogge gerade eine große Biografie gewidmet hat. Der Sohn eines konservativen, jüdischen Druckereibesitzers hat sich in Rededuellen gegen völkische und antisemitische Parlamentarier profiliert. Anders als Vorredner Meyer bekennt sich Scholem, unter den „Bravo“-Rufen seines Häufleins, entschlossen zum linksradikalen Kurs: „Jawohl, wir bereiten den revolutionären Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie vor.“ Es gehe darum, „das bankrotte und zerrüttete Deutschland zu einem neuen, zu einem proletarischen Staat zusammenzuhämmern“.

Mit diesem Ziel hatte sich einige Wochen nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs Ende 1918 die Kommunis-

tische Partei Deutschlands konstituiert. Ihr Ursprung war die entschiedene Ablehnung des Ersten Weltkriegs.

Während die Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie 1914 die Rettung der vermeintlich bedrohten Heimat zur patriotischen Pflicht erklärte, protestierte eine wachsende Minderheit scharf gegen solchen „Verrat“ an der internationalen Arbeitersolidarität und an der sozialen Revolution. Der eigentliche Geburtsakt der KPD, so hatte auf deren Gründungsparteitag Ernst Meyer am 30. Dezember 1918 ausgerufen, sei der erste Kriegstag gewesen.

Zu den inneren Ursachen kam das Vorbild der russischen Revolution. Die Bolschewiki, so glaubten die deutschen Kommunisten, hatten gezeigt, wie eine echte proletarische Revolution durchzuführen war. Die Sozialdemokratie hatte zwar ein halbes Jahrhundert lang die Abschaffung des Kapitalismus und die Sozialisierung der Wirtschaft als programmatischen Kernpunkt verkündet. Die im November 1918 an die Macht gelangten Führer der SPD, so sahen es die Radikalen, ließen dagegen die bürgerliche Ordnung von den alten Generälen des Kaisers gegen jene ungeduldigen Revolutionäre schützen, die nun

schleunigst mit dem Sozialismus ernst machen wollten. Reichspräsident Friedrich Ebert setzte dabei auf Gustav Noske, seinen Mann fürs Grobe. Mit den Worten „einer muss den Bluthund machen“ übernahm er die Niederwerfung des Berliner „Spartakus“-Aufstands im Januar 1919.

Schon diese hoffnungslos isolierte Erhebung eiferte der russischen Revolution nach, die mit der Parole „Alle Macht den Räten“ („Sowjets“) gesiegt hatte: An die Stelle des Kapitalismus und seiner vor-



KPD-Führer Fischer (1925), Thälmann (1932)



KPD-Plakat zur Reichstagswahl, November 1932

geblichen Demokratie sollte – so die Theorie – auch in Deutschland eine direkte Demokratie treten: die unmittelbare Herrschaft gewählter und jederzeit abwählbarer „Räte“ der arbeitenden Bevölkerung. „Die wahre Demokratie“ sei „die Diktatur des Proletariats“, verkündete das Gründungsprogramm der KPD, das die Handschrift der leidenschaftlichen Revolutionärin Rosa Luxemburg trug: „Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren; dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwierigen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herr-

schenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“

Allerdings war schon bei der Gründung der KPD der Abgrund nicht zu übersehen, der im bolschewistischen Russland zwischen der rätedemokratischen Theorie und der terroristischen Praxis der kommunistischen Minderheitsregierung klaffte. Das Gründungsprogramm der KPD statuierte deshalb: „Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie hasst und verabscheut den Menschenmord. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes.“

Das entscheidende Problem des deutschen Kommunismus lag aber darin, dass die gerühmte Millionenmasse keine Anstalten machte, dieses Szenario zu verwirklichen. „Kommunistische Normalität hieß im Wesentlichen Revolutionär zu sein in nichtrevolutionärer Zeit“, schreibt der Historiker Klaus-Michael Mallmann über die Kommunisten in der Weimarer Republik. Zwar bildeten sich Ende 1918 in vielen Teilen Deutschlands spontan „Arbeiter- und Soldatenräte“, doch sie folgten ganz überwiegend dem Kurs der deutschen Sozialdemokratie. Sie verstanden sich keineswegs als Herolde eines Sowjet-Deutschland, sondern als Wegbereiter einer SPD-Republik.

Gut eine Woche vor der KPD-Gründung hatte sich im Dezember 1918 ein Kongress der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin mit großer Mehrheit für eine parlamentarische Demokratie entschieden. Vier Tage nach dem Mord an Luxemburg und Liebknecht, der die junge Partei gleichsam enthauptete, wurde die SPD am 19. Januar 1919 mit 37,9 Prozent zur stärksten Partei im Reichstag gewählt; ihre linkssozialistische Abspaltung USPD, zwischen KPD und SPD schwankend, kam auf 7,6 Prozent.

Doch das gegenrevolutionäre Bündnis der SPD-Führung mit der Reichswehr trieb nun einen beträchtlichen Teil der SPD-Anhänger nach links. Im Januar 1920 etwa ließ General Walther von Lüttwitz auf Weisung des preußischen SPD-Innenministers Wolfgang Heine auf eine USPD-Demonstration in Berlin schießen. 42 Protestierer starben. Solche Erfahrungen gruben sich Kommunisten und linken Sozialisten tief ein. Für viele von ihnen war und blieb die SPD die Partei der „Arbeitermörder“.

Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 bekam die SPD die Quittung: ihr Stimmenanteil sank auf 21,6 Prozent, während die USPD auf 18,6 Prozent wuchs. Die bescheidenen 1,7 Prozent der erstmals kandidierenden KPD konnten nicht über die Radikalisierung hinwegtäuschen, die Kernschichten der sozialdemokratischen Wählerschaft erfasst hatte. Die USPD bekannte sich inzwischen genau wie die KPD mehrheitlich zum reinen Rätssystem und zur „Diktatur des Proletariats“. Folgerichtig vereinigte sich der linke Flügel der USPD Ende 1920 mit der KPD, die dadurch Anfang 1921 mit etwa 450 000 Mitgliedern eine Massenpartei wurde.

Paradoxerweise flaute gerade zu diesem Zeitpunkt die revolutionäre

Nachkriegswelle ab. Der Versuch, die neugewonnene Stärke im März 1921 mit einem Aufruf zum Generalstreik revolutionär zu nutzen, wurde nur an wenigen Orten befolgt; die „Märzaktion“ endete im Fiasco: Die Hälfte der Mitglieder verließ die Partei wieder.

Je mehr sich bei den Radikalen die Erwartung einer baldigen Revolution in Deutschland zerschlug, umso stärker richteten sich ihre Hoffnungen auf Russland – und desto mehr verdrängte der quasireligiöse Glaube an die vermeintlich mustergültigen bolschewistischen Genossen die ursprünglichen rätedemokratischen Ideale. Die Nachrichten von Terror und Gewalt in Lenins Reich taten die gläubigen Utopisten mit einer Mischung von Ahnungslosigkeit und Verharmlosung ab.

Das Trugbild vom Arbeiter- und Bauernparadies im Osten ermöglichte es den deutschen Kommunisten, wie der Historiker Klaus Kinner schreibt, „sich mit ihrer Utopie in der Wirklichkeit der Weimarer Demokratie einzurichten“. Und die 1919 in Moskau gegründete Kommunistische Internationale (Komintern) sollte ein straff zentralisierter „Generalstab der Weltrevolution“ sein. Die rigorosen „21 Bedingungen“ für den Beitritt verlangten unter anderem die periodische „Säuberung“ jeder Partei von nichtrevolutionären Elementen.

In Deutschland, wo die Komintern ihre stärkste Sektion außerhalb der Sowjetunion hatte, war die Haltung zum sozialdemokratischen Reformismus eine Grundfrage. Wie konnte man der SPD die Mehrheit abnehmen? Zu einer klaren Linie fand die Komintern hier nie; charakteristisch für ihre Politik und für die der KPD waren Fraktionskämpfe, Führungswechsel und ein Zickzackkurs zwischen frontaler Bekämpfung der SPD und dem Werben für die „Einheitsfront“ mit den SPD-Anhängern. Im Januar 1924 starb Lenin, und der neue Generalsekretär Josef Stalin erhob es zum Dogma, dass Sozialdemokratie und



Barrikaden im Hamburger Stadtteil Barmbek, Oktober 1923

Faschismus „keine Antipoden, sondern Zwillingenbrüder“ seien.

Unabhängig davon kam es an den Arbeitsplätzen immer wieder zu spontanen Gemeinschaftsaktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten. Schließlich wurzelten sie im gleichen Milieu, wohnten in denselben Vierteln, waren allesamt von Arbeitslosigkeit bedroht und hatten vor dem Krieg vielfach das gleiche Parteibuch gehabt.

Für ein KPD-Mitglied, schreibt Mallmann, „gehörte keine Schizophrenie dazu, Noske zu hassen und gleichwohl mit sozialdemokratischen Kollegen und Nachbarn regelmäßig Skat zu spielen und zu diskutieren“. Mehrfach wurde sogar überparteiliche Solidarität praktiziert: So beim Generalstreik gegen den Kapp-Putsch im März 1920, so nach der Ermordung von Walther Rathenau, als im Juni 1922 SPD, USPD und KPD die Republik geschlossen gegen die Rechtsextremen verteidigten. 1923 bildeten SPD und KPD in den Landtagen von Thüringen und Sachsen noch verfas-

sungsmäßige Regierungskoalitionen, die die Reichsleitung Ebert/Stresemann allerdings per „Reichsexekution“ militärisch beenden ließ.

Und als 1926 die Anhänger beider Arbeiterparteien sich über den Regierungsplan empörten, Deutschlands Fürsten für den Verlust vorrevolutionärer Besitztümer und Privilegien fürstlich zu entschädigen, einigten sich die Parteiführungen auf einen Volksentscheid für die Enteignung der alten Herren. Auch wenn dabei die absolute Mehrheit verfehlt wurde, kam der gemeinsame Antrag von SPD und KPD auf 14,5 Millionen Stimmen – dreieinhalb Millionen mehr, als bei den vorherigen Wahlen für die Arbeiterparteien gestimmt hatten.

Aber aus diesen gemeinsamen Erfolgserlebnissen erwuchs indes keine gemeinsame Strategie. Im Gegenteil: Fatal war die Entscheidung der KPD, die SPD gerade in den letzten Jahren der Republik, als die

nationalsozialistische Bewegung immer bedrohlicher anwuchs, als strategischen Hauptfeind zu bekämpfen, als „Sozialfaschismus“.

Doch auch manche von SPD-Politikern befohlene Gewalttat trug ihren Teil dazu bei, der kommunistischen Fehleinschätzung einen irrlichternden Schein von Plausibilität zu verleihen, etwa im „Blutmai“ von 1929: Zwei SPD-Amtsträger, der Polizeipräsident und der Innenminister, befahlen bei einer Art polizeilicher Bürgerkriegsübung, verbotene kommunistische Demonstrationen zum 1. Mai massiv unter Feuer zu nehmen. Es gab 33 Tote, entgegen den offiziellen Behauptungen allesamt unbewaffnet, darunter unbeteiligte Anwohner und Passanten.

So setzte sich die „Sozialfaschismus“-These bei den Kommunisten durch. Genossen, die den Kurs anzweifelten, wurden zu Parteifeinden erklärt. Eine in Moskau vorgestanzte Phraseologie verdrängte Reste von kritischer Auseinandersetzung in der kommunistischen Bewegung. Clara Zetkin, die Weggefährtin von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

burg, klagte 1929, die Komintern habe sich aus einem lebendigen, politischen Organismus „in einen toten Mechanismus“ verwandelt, „der an der einen Seite Befehle in russischer Sprache einschluckt und auf der anderen Seite in verschiedenen Sprachen ausspuckt“.

Das Projekt, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund eine „Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition“ (RGO) zielbewusster Kommunisten entgegenzustellen, trug vor allem zur weiteren Spaltung der Arbeiterbewegung bei; nichtkommunistische Gewerkschafter buchstabierten das Kürzel RGO gern „Riesen-Große-Ochsen“ oder „Rote Gewerkschafts-Ohnmacht“.

Und das geplante Kernelement der „Bolschewisierung“, die Übertragung der sowjetischen Organisationsstruktur auf Deutschland, scheiterte an der anderen Mentalität: Die Umstellung auf kommunistische Betriebszellen prallte am Bestreben der KPD-Mitglieder ab, gerade in der heimischen Umgebung respektiert zu werden. Vom lokalen Milieu, von Nachbarn und Freunden abgeschiedene „Zellen“? Das klang den deutschen Genossen zu sehr nach Sektierertum.

Eine verhängnisvolle Weichenstellung für die Weimarer Republik war nach dem plötzlichen Tod von Friedrich

Ebert im Februar 1925 die Wahl des neuen Reichspräsidenten. Die KPD präsentierte mit dem Hamburger Hafendarbeiter Ernst Thälmann einen Mann von kernigem Proletariargestus, aber eher schlichter Sinnesart. Obwohl er im ersten Wahlgang bei 7 Prozent hängenblieb – fast ein Viertel der Wähler, die noch bei der Reichstagswahl vom Dezember 1924 für die KPD gestimmt hatten, verweigerten deren aussichtslosem Kandidaten die Stimme –, hielt die Partei auch im zweiten Wahlgang an Thälmann fest. Sie versuchte nicht einmal, sich mit der SPD auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. So siegte Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, der acht Jahre später Adolf Hitler zum Reichskanzler ernennen sollte, gegen Wilhelm Marx, den Kandidaten von Zentrum und SPD. Die sarkastische Schlagzeile des sozialdemokratischen *Vorwärts* vom 27. April 1925 lautete „Hindenburg von Thälmanns Gnaden“.

Die KPD, die nun einen Sündenbock brauchte, wechselte wieder einmal ihre Führung aus – diesmal erwischte es Werner Schölem, der nach seinem großen Auftritt im Preußischen Landtag mehr als ein Jahr lang an der Spitze der Partei und ihrer revolutionären Rhetorik gestanden hatte. Zum neuen KPD-Chef avancierte bald Thälmann, von Moskau

zum „Führer des deutschen Proletariats“ erkoren.

Zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution bot das Zentralkomitee der KPD „sehr gute Lenin- und Stalin-Büsten“ aus Gips an. Zugleich fielen alle Genossen, die sich nicht der wechselnden „Generallinie“ der Partei und den aus Moskau importierten Ritualen der Selbstkritik unterwarfen, immer neuen „Säuberungs“-Wellen zum Opfer. Im Sommer 1931 fügte sich die KPD gegen massiven Widerstand aus den eigenen Reihen einer Komintern-Weisung, Seite an Seite mit der NSDAP einen Volksentscheid für die Auflösung des „sozialfaschistisch“ dominierten Preußischen Landtags zu unterstützen.

Als der kommunistische Stimmenanteil bei der Reichstagswahl im November 1932 auf fast 17 Prozent stieg, bejubelte die KPD-Führung wieder einmal das Nahen der Weltrevolution, die weit stärkere Position der Nazis ignorierte sie. Und noch im Mai 1933 dokumentierte die inzwischen verbotene Partei, deren Anhänger genau wie die Sozialdemokraten von der Gestapo gejagt und gefoltert wurden, ihren Realitätsverlust: Trotz der brutalen Unterdrückung stellten die „Sozialfaschisten“ nach wie vor „die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur“ dar. ■

DOKUMENT

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Edwin Hoernle warnte 1932 vor der zerstörerischen Politik der Nazis.

„Ein Programm des Weltkrieges“

Hoernle, Sohn eines Pfarrers, kritisierte 1932 in der kommunistischen Zeitschrift *Der Rote Aufbau* den „faschistischen Blutimperialismus“ der NSDAP zur „Ausweitung des völkischen Lebensraums“.

Auszug:

„Die Zeiten der Völkerwanderung, der Wikingerfahrten, der Raubzüge deutscher Fürsten ins Land der Wenden und Preußen sollen in modernisierter Form mit Giftgasen, Bombenfliegern, Langrohrgeschützen und Tanks wieder-aufstehen.

Bluttriefende Barbarenführer werden als leuchtende Heroen hingestellt. Nicht durch friedliche Verständigung, sondern ‚durch das Schwert‘ soll die Raumfrage gelöst werden. Weder der Volksernährung noch der Sicherung einer zivilisierten bäuerlichen Existenz soll die einstweilige Binnensiedlung dienen, sondern militärisch-imperia-

listischen Vorbereitungen. Da aber kein Volk der Welt, und am allerwenigsten die freien Arbeiter und Bauern der Sowjetunion sich mit Gewalt ihren Boden rauben lassen, so bringt das Bodenprogramm der Nazis zur Knechtschaft im Innern alle Schrecken eines neuen Weltkrieges. Aber bei der Lage der Dinge wird dieser neue Weltkrieg sich auf deutschem Boden abspielen, und sein Resultat kann nur sein: ungeheure Vernichtung von fruchtbarem Boden, Umwandlung volkreicher Städte und Dörfer in stacheldrahtstarrnde Wüsten, Vernichtung von Millionen Bauern und Arbeitern mitsamt ihren Familien. Statt Steigerung der Fruchtbarkeit der Erde – ihre Zerstörung. Das Bodenprogramm der NSDAP ist nicht nur Lug und Betrug, dilettantische Bodenreformerei, Verewigung der Zinsknechtschaft, es ist ein Programm des Rückfalls in die Barbarei, der Bettelarmut, des Hungers und des Weltkrieges.“